
Pandemie belastet Konjunkturaussichten für 2022

11.01.22 | Berlin

Pandemie belastet Konjunkturaussichten für 2022

Wirtschaft will erneuten Lockdown unbedingt vermeiden

Die Unternehmen in Berlin und Brandenburg sehen die Wachstumsaussichten für 2022 durch die Pandemie eingetrübt. „Je länger uns Corona beschäftigt, desto stärker leidet die Erholung der Konjunktur“, sagte Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), in Berlin.

Vor allem Branchen mit vielen Kundenkontakten durchlebten erneut eine schwere Zeit. „Tourismuswirtschaft, Handel, Hotels, Gastronomie, Kultur – überall ist die Lage wieder sehr angespannt. Wir machen uns um einige Bereiche strukturell große Sorgen.“

Bremst Corona die Wirtschaft für längere Zeit, dürfte Berlins Wirtschaftsleistung 2022 eher bei drei Prozent liegen. Bekommen wir die Pandemie bald in den Griff, sind vier Prozent möglich. In Brandenburg rechnen die Unternehmensverbände mit zwei bis drei Prozent.

Nach der Erholung im Frühjahr und im Sommer 2021 seien die Wintermonate nun ein Rückschlag. Amsinck appellierte, einen erneuten Lockdown unbedingt zu vermeiden. „Sonst würden viele Betriebe aus dem Mittelstand vor dem sicheren Aus stehen.“ Es gelte, das Tempo beim Impfen und beim Boostern so hoch zu halten wie in den vergangenen Wochen.

In Berlin geht der Beschäftigungsaufbau weiter - trotz der Unsicherheiten rund um die Pandemie.

Als weiteres Risiko für die Wirtschaft stufte der Hauptgeschäftsführer die anhaltenden Lieferprobleme bei Komponenten und Rohstoffen in vielen Branchen ein. Auch die hohe Inflation sei schlecht für die Konjunktur.

Schwierige Prognose

„Eine Wachstumsprognose für 2022 ist extrem schwierig. Flaut die Pandemie bald ab, sind in Berlin noch an die 4 Prozent Wachstum möglich. Belastet uns Corona bis weit ins Frühjahr, können wir über 3 Prozent schon froh sein.“

40.000 neue Arbeitsplätze in Berlin möglich

Auf dem Arbeitsmarkt könne es dank starker Dynamik 30.000 bis 40.000 neue Jobs geben. Hier spiele das schnelle Wachstum der Digitalwirtschaft eine wichtige Rolle.

Für Brandenburg erwartet Amsinck im günstigen Fall ein BIP-Wachstum von 3 Prozent, bei einer schlechteren Entwicklung etwa einen Punkt weniger. Der BER und vor allem der Produktionsstart im Tesla-Werk könnten dauerhaft für mehr Dynamik sorgen. Die UVB sieht in diesem Jahr die Chance auf 11.000 neue Stellen in Brandenburg.

"Beste Wirtschaft" - fünf dringende Empfehlungen für den Senat

Amsinck forderte die rot-grün-rote Koalition im Abgeordnetenhaus auf, ihre Zusagen für bessere Standortbedingungen rasch umzusetzen. Fünf Punkte seien dabei besonders dringend. Die von der Krise besonders betroffenen Branchen wie Hotels, Gastronomie, Tourismus- oder Messewirtschaft müssten mit einem Neustart-Programm unterstützt werden. Hinzukommen müsse ein Zukunftskonzept für die Messe- und Tourismuswirtschaft.

Knotenlöser für mehr Wohnungsbau

Als zweiten Punkt nannte der Spitzenverband den schnelleren Bau bezahlbarer Wohnungen. Als Knotenlöser könne dabei die Novellierung der Bauordnung wirken. „Wir brauchen mehr Tempo bei Planungen und Genehmigungen, mehr Flexibilität und weniger Vorschriften“, sagte der Hauptgeschäftsführer.

Schlusslicht Berlin - im Bundesländer-Vergleich sind hier die wenigsten Verwaltungs-Dienstleistungen digital zu bekommen.

An dritter Stelle steht für den UVB-Hauptgeschäftsführer ein Sanierungsprogramm für die wichtigsten Brücken. „Mehr als 40 Querungen in Berlin müssen dringend modernisiert werden. Nur für ein Drittel davon ist im Haushalt bereits Geld eingeplant.“ Es bestehe die Gefahr, dass noch mehr Brücken für den Wirtschafts- und den Lieferverkehr gesperrt werden müssten. Eine bessere Infrastruktur komme den Unternehmen insgesamt zugute.

Verwaltung und Digitalisierung: Viel zu tun

Als viertes Thema wünscht sich die Wirtschaft rasches Handeln bei der Reform der Verwaltung. „Bei der Digitalisierung von Behörden-Dienstleistungen ist Berlin bundesweit Schlusslicht. Hier hat der neue Chief Digital Officer viel zu tun“, befand Amsinck. Als fünften Punkt für bessere Standort-Bedingungen nannte er eine Verbesserung der Schulqualität. „Die Vorschläge der Köller-Kommission liegen auf dem Tisch. Sie müssen jetzt eins zu eins umgesetzt werden. Durch die Pandemie ist der Handlungsbedarf noch einmal gestiegen.“

Ausbildungsumlage wäre Belastung für die Firmen

Ablehnend stehen die Unternehmen Eingriffen in den Ausbildungsmarkt gegenüber. Bei der geplanten Ausbildungsplatzgarantie drohe eine Ausbildung junger Menschen am Markt vorbei. Eine Ausbildungsumlage belaste die Firmen mit noch mehr Bürokratie und bestrafe gerade die, die keine geeigneten Bewerber gefunden haben. „Nur ein besserer Unterricht in den Schulen und einer intensiveren Berufsorientierung werden uns weiterhelfen. Sonst schafft die Politik in der Ausbildung neue Probleme, statt bestehende zu lösen.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)

- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

Zahlen und Fakten

So wird 2022

UVB-Prognose: Konjunktur und Arbeitsmarkt 2022 in Berlin und Brandenburg

[Download \(672 KB\)](#)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:

Broenstrup [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)